



## **Antrag**

der Fraktion der SPD

### **Energiesouveränität voranbringen**

Der Landtag wolle beschließen:

Mit großer Sorge blickt der Schleswig-Holsteinische Landtag auf die Situation in der Ukraine. Die Auswirkungen der russischen Aggression - auch auf die Energieversorgung in Deutschland und ganz Europa - sind bereits deutlich spürbar. Die Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland muss daher dringend reduziert werden, um Versorgungs- und Preissicherheit zu gewährleisten. Parallel müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien voranzutreiben. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen mit Blick auf die drastischen Kostenanstiege bei den Energiekosten entlastet werden.

Der Landtag begrüßt daher die Abschaffung der EEG-Umlage, die bereits beschlossenen Heizkostenzuschüsse und die Erhöhung der Pendlerpauschale.

Der Landtag fordert darüber hinaus, vor dem Hintergrund der weiteren Verschärfung der Situation:

- den von der Bundesregierung bereits beschlossenen Heizkostenzuschlag zu verdoppeln.
- eine Absenkung der Stromsteuer umzusetzen, um die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar zu entlasten.

Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert:

- die Notwendigkeit eines Heizkostenzuschuss für Vereine und Verbände zu prüfen und ggf. ein entsprechendes Programm auf den Weg zu bringen.
- ein Energiespar-Beratungsprogramm für die Verbraucher\*innen aufzusetzen, um eine aufsuchende Beratung vor Ort anzubieten.

- eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zur Energieeinsparung zu starten und auch mit Blick auf die Landesliegenschaften schnellstmöglich alle in Frage kommenden Maßnahmen zur Energieeinsparung umzusetzen.
- die Energieeinsparpotenziale im gewerblichen und privaten Bereich verstärkt anzugehen und die Erneuerbare Energie in Schleswig-Holstein entschieden unter Beachtung der Rahmenbedingungen des Naturschutzes auszubauen.
- die personellen Kapazitäten zur Genehmigung von Windkraftanlagen an Land, für den Ausbau der Leitungsnetze und PV-Freiflächenanlagen deutlich zu erhöhen.
- dem Aus- und Umbau der dazugehörenden Netzinfrastruktur planungsrechtlich und personell Priorität einzuräumen.
- die Personalkapazitäten für Planung und den Bau des LNG-Terminals in Brunsbüttel bereitzustellen, um schnellstmöglich eine Baugenehmigung zu erwirken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Import von grünem Wasserstoff über das Terminal möglich ist.
- gemeinsam mit der Energiewirtschaft ein Konzept für die Beimischung von grünem Wasserstoff in das Gasnetz in Schleswig-Holstein voranzutreiben.
- unmittelbar eine Importstrategie für grünen Wasserstoff in Schleswig-Holstein zu entwickeln.
- die Elektrolysekapazitäten für grünen Wasserstoff in Schleswig-Holstein bis 2030 auf 10 GW auszuweiten.

Der Landtag bekräftigt, dass eine Rückkehr zur Atomkraft für Schleswig-Holstein keine Option ist.

Thomas Hölck  
und Fraktion